

II-3245 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

A n f r a g e

Präs.: 6. Feb. 1974

No. 1617/J

der Abgeordneten Dr. SCHWIMMER, Dr. WIESINGER, Dr. HAUSER,  
Dr. HUBINEK

und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Soziale Verwaltung  
betreffend Finanzierung medizinisch nicht indizierter Abtrei-  
bungen in Krankenanstalten

Gegenüber der Öffentlichkeit abgegebene Erklärungen des Bundesministers für Soziale Verwaltung lassen befürchten, daß nach Inkrafttreten der Fristenlösung in öffentlichen Krankenhäusern medizinisch nicht indizierte Abtreibungen gegen Verrechnung der vertraglichen Verpflegskostensätze mit der gesetzlichen Krankenversicherung vorgenommen werden.

Aus diesem Grunde richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e:

- 1) Wie hoch schätzen Sie die jährliche finanzielle Belastung der Krankenversicherung durch die Bezahlung der vertraglichen Verpflegskostensätze wegen medizinisch nicht gebotenen Abtreibungen sowohl unter Zugrundelegung der in Fachkreisen angenommenen Dunkelziffer wie auch der nach Inkrafttreten der Fristenlösung zu erwartenden Steigerung der Abtreibungsziffer?
- 2) Welche Beitragserhöhungen für die Versicherten sind in der gesetzlichen Krankenversicherung auf Grund dieser Mehrbelastung notwendig?